

**ORH-Bericht 2002 TNr. 43**  
**Staatstheater am Gärtnerplatz**

**Jahresbericht des ORH**

Die Besucherzahlen beim Staatstheater am Gärtnerplatz sind rückläufig. Sie lagen in der Spielzeit 2000/2001 um 26 900 (12,7 %) niedriger als 1994/1995 und erreichten damit das niedrigste Niveau seit 20 Jahren. Besonders drastisch war der Besucherrückgang beim Ballett. Die staatliche Bühne verlor hier innerhalb von sechs Jahren ein Drittel des Publikums.

Der ORH hält es für dringend erforderlich, ein Konzept zu entwickeln, das dem Staatstheater am Gärtnerplatz den notwendigen Besucherzuspruch wieder verschafft und regt an, den Bereich Ballett/Tanztheater in das Bayerische Staatsballett einzugliedern.

**Beschluss des Landtags**  
vom 11. März 2003  
(Drs. 14/11842 Nr. 2 t)

Die Staatsregierung wird ersucht, ein Konzept zu entwickeln, das dem Staatstheater am Gärtnerplatz wieder den notwendigen Besucherzuspruch verschafft und in den Bereichen Spielplangestaltung sowie Marketing und Werbung eine bessere Koordinierung von Staatsoper und Gärtnerplatztheater anzustreben. Dem Landtag ist bis 1. Januar 2004 zu berichten.

**Stellungnahme des Staats-**  
**ministeriums für Wissenschaft,**  
**Forschung und Kunst**  
vom 12. Dezember 2003  
(Nr. XII/2 - K 2542 - 12/55 442)

Das Staatsministerium teilt die Sorge des Landtags und des ORH hinsichtlich der unerfreulichen Entwicklung der Besucherzahlen und teilt mit, dass sich dieser negative Trend weiter fortgesetzt habe.

Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass auch künstlerische Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Spielplangestaltung und der Interpretation der Werke zu der negativen Entwicklung beigetragen hätten. Die Bühne habe einen Teil des traditionellen Stammpublikums verloren, ohne neue Publikumsschichten in vergleichbarem Umfang gewinnen zu können.

Das Staatsministerium teilt die Auffassung des ORH nicht, dass ein Konzept für die künftige Positionierung des Staatstheaters notwendig sei. Vielmehr sei es im Wesentlichen ausreichend, wenn bei der Spielplangestaltung stärker der Tradition und dem über viele Jahre gewachsenen Profil des Staatstheaters Rechnung getragen werde.

Das Staatsministerium könne darauf jedoch keinen unmittelbaren Einfluss nehmen, da die Intendanten unter dem Schutz der „Kunstfreiheitsgarantie“ stünden.

#### **Anmerkung des ORH**

Nach dem ORH-Bericht hat sich die Auslastung auch in der Folgezeit weiter negativ entwickelt. Sie ist 2002/03 gegenüber 2000/01 nach der eigenen Statistik des Theaters von 182 227 um 18.804 Personen (10,3 %) auf 163.423 Besucher gesunken.

Angesichts dieses drastischen Rückgangs der Besucherzahlen sowie der damit verbundenen Steigerung der Staatszuschüsse auf mittlerweile weit über 120 € pro Besucher, müssen - auch im Hinblick auf die Sparbeschlüsse der Staatsregierung zur Haushaltskonsolidierung - zwingend kurzfristige Maßnahmen getroffen werden, um den negativen Trend zu stoppen.

Der Intendant ist nach § 2 des Dienstvertrags und § 5 Abs. 1 der Grundordnung der Bayer. Staatstheater u.a. verpflichtet, größtmögliche Einnahmen zu erzielen. Insofern ergeben sich auch wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sich begrenzend auf die künstlerische Freiheit auswirken müssen. Andernorts führt die Vernachlässigung der Einnahmesituation auch zur vorzeitigen Kündigung von Intendantenverträgen.

**Sitzung des Ausschusses  
für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**  
vom 11. Februar 2004

Vorsitzender Manfred Ach stellt abschließend fest, dass damit Einverständnis besteht, dass die für den Einzelplan 15 zuständigen Bericht-erstatte r sowie ein Mitglied der GRÜNEN zu-nächst einmal Gespräche mit der Leitung des Staatstheaters am Gärtnerplatz über die im ORH-Bericht angesprochenen Probleme füh-ren.

**Anmerkung des ORH**

Nach Kenntnis des ORH fand im Juni 2004 ein Gespräch von Mitgliedern des Haushaltsaus-schusses mit der Leitung des Staatstheaters am Gärtnerplatz statt. Angesprochen wurden dabei u.a. die Möglichkeiten einer attraktiveren Spielplangestaltung, eine Zusammenführung des Tanztheaters des Gärtnerplatztheaters mit dem Bayerischen Staatsballett, die Kooperati-on mit anderen Bühnen und eine gemeinsame Marketingstrategie mit der Staatsoper. Die inzwischen vorliegenden Zahlen der Spiel-zeit 2003/2004 zeigen ein weiteres Absinken der Besucherzahlen auf 158 567. Der Staats-zuschuss ist auf 163 € pro Besucher ange-stiegen. Der Haushaltsabschluss 2004 ergab einen Fehlbetrag von 489 000 €. Da eine Wende des negativen Trends nicht absehbar ist, beabsichtigt der ORH, das Staatstheater am Gärtnerplatz im Jahr 2006 erneut zu prüfen

**Beschluss des Ausschusses  
für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**  
vom 12. Mai 2005

Die Staatsregierung wird ersucht, erneut über die Situation des Staatstheaters am Gärtner-platz bis 30.12.2005 und abschließend bis 31.7.2006 zu berichten.

**Stellungnahme des Staats-  
ministeriums für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst**  
vom 13. Dezember 2005  
(XII/2 - K 1442.4 - 12/41395)

Das Staatsministerium hält die Situation bei den Besucherzahlen und Einnahmen nach wie vor für unbefriedigend. Es ist jedoch der Ansicht, dass der Abwärtstrend gestoppt sei, denn die Werte stagnierten auf niedrigem Ni-veau. Die bisher getroffenen Maßnahmen scheinen aber für eine grundsätzliche Trend-wende nicht auszureichen, wobei die Auswir-kungen der zu Beginn der laufenden Spielzeit 2005/06 ergriffenen Maßnahmen abzuwarten bleiben.

Das Staatsministerium wird zum 31.7.2006 abschließend über die weitere Entwicklung und die Haushaltssituation berichten.

**Anmerkung des ORH**

Der ORH ist ebenfalls der Auffassung, dass die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen. Allerdings hat das Staatsministerium inzwischen den Dienstvertrag mit dem bisherigen Intendanten nicht mehr verlängert und Herrn Ulrich Peters, der derzeit noch Intendant des Theaters Augsburg ist, als Intendant des Staatstheaters am Gärtnerplatz ab der Spielzeit 2007/08 berufen.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem designierten Intendanten gelingt, die erhoffte Trendwende herbeizuführen. Der ORH wird die weitere Entwicklung beim Staatstheater zu gegebener Zeit wieder untersuchen.

**Beschluss des Ausschusses  
für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**

vom 21. Februar 2006

Kenntnisnahme